Schade: CSU soll Kern auf „Abschiedstour“ schicken

Fördervereinsvorsitzender und Bürgermeister Hiebl nutzen Hauptversammlung für Generalabrechnung mit dem Landrat

Von Franz Eder

Dunkle Wolken ziehen seit einiger Zeit über dem nördlich der Ex-Klinik geplanten Gesundheitskompetenzzentrums auf. Eigentlich sollte bei der Jahreshauptversammlung im Rathaussaal der aktuelle Stand der Planungen vorgestellt werden. Dies war aber nicht möglich. – Fotos: Franz Eder/Archiv

Freilassing. Eigentlich hätte bei der Jahreshauptversammlung des Fördervereins Gesundheitsregion Freilassing der aktuelle Planungsstand des Gesundheitskompetenzzentrums vorgestellt werden sollen. Doch stattdessen nutzten Bürgermeister Markus Hiebl und einige Mitglieder die Veranstaltung am Mittwochabend im gut besetzten Rathaussaal für eine emotionale Generalabrechnung mit der CSU und insbesondere mit Landrat Bernhard Kern. Dieser solle nun auf „Abschiedstour“ geschickt werden, aber doch bitte keine Entscheidungen mehr treffen, die Freilassing und dem Landkreis schaden würden, meinte der Vorsitzende Norbert Schade.

In seinem Bericht dankte er zunächst dem Vorstand und den Mitgliedern, die dazu beitragen würden, das Thema Gesundheit in der Diskussion zu halten, und dieses ständig weiterzuentwickeln. Einen besonderen Dank richtete Schade zudem an Bürgermeister Hiebl, den Stadtrat und die Verwaltung. „In einzigartiger Weise bemüht sich unsere ganze Stadt, der Gesundheitsversorgung eine Zukunft zu bereiten.“

Dies erfordere für alle Beteiligten ständiges Umplanen, Neubewerten, „kompetente Beobachtung und klare Positionierung“, erklärte Schade, dass dies das Selbstverständnis des Vereins treffe: „Wir sind keine Bauherren und hängen somit nicht an dem einen oder anderen Gebäude. Unser Auftrag und unser Ziel sind, das Mögliche mit zu unterstützen, als Netzwerker zu dienen und als Anwalt unserer Mitmenschen für die beste leistbare Gesundheitsversorgung einzutreten.“ Dies habe man mit der kürzlichen Namensänderung bewiesen. Ebenso zeige der Name „Gesundheitskompetenzzentrum“ für den angestrebten Bau, dass der Förderverein den Begriff Gesundheit größer denke.

Landkreis „nicht wie ein Partner, sondern Gegner“

„Leider ist festzustellen, dass das trotz intensiver Bemühungen und Erklärungen noch immer nicht alle Verantwortlichen und Beteiligten verstanden haben“, holte Schade zu einem ersten verbalen Peitschenschlag in Richtung des Landkreises und dessen – nicht bei der Sitzung anwesenden – Chef Bernhard Kern aus. Denn aus seiner Sicht benehme sich „der wichtigste Mitakteur nicht wie ein Partner, sondern eher wie ein Gegner. Wie sonst ist erklärbar, dass in der denkwürdigen Sitzung Anfang Oktober die Worte Konzept oder Strategie nicht zu hören waren, sondern ein Bauplan den nächsten jagte“, erinnerte der Vorsitzende an die Ideen-Vorstellungen des Landkreises für die Fläche an der Matulusstraße. Dabei sei das Areal des ehemaligen Krankenhauses „kein x-beliebiges Baugebiet, sondern die Basis für eine nachhaltige, zukunftsweisende Entwicklung medizinischer Strukturen.“

An einer solchen arbeiten der Verein und die Stadt bekanntlich seit mittlerweile zweieinhalb Jahren Hand in Hand. Dies mündete darin, dass der Stadtrat vor elf Monaten Max Aicher eine nördlich des Ex-Krankenhauses gelegene Fläche überließ, um darauf ein Gesundheitshaus zu errichten, das dann unter neuem Namen weiter vorangetrieben werden sollte. Wie weit das „Gesundheitskompetenzzentrum“ inzwischen gediehen ist, sollte eigentlich nun in der Jahreshauptversammlung präsentiert werden. „Leider wird das zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht möglich sein“, erklärte der Vorsitzende. „Natürlich stellen wir und Sie wahrscheinlich genauso die Frage, warum nicht?“ Wieso könne das Vorhaben nicht realisiert werden, wie sich der Verein und viele Bürger der Stadt sich das vorgestellt haben? „Wir haben doch bereits Synergien mit den Praxen im ehemaligen Krankenhaus oder mit der KBO. All das in greifbarer Nähe und jetzt? Stehen wir vor dem Aus oder müssen wir kleinere Schritte gehen? Oder wird dieses Projekt vielleicht sogar boykottiert? Und wenn, was und wer verhindert denn ein so zukunftsweisendes Projekt?“, stellte Schade mehrere Fragen in den Raum. Die Stadt, die „in überzeugender Weise“ dafür gesorgt habe, dass ein solches Realität werden könne, sei es jedenfalls nicht, stellte er klar.

Bürgermeister Markus Hiebl (l.) und Vorsitzender Norbert Schade untermauerten ihre Allianz.

Bernhard Kern habe in der Sitzung Anfang Oktober die Gelegenheit gehabt, „Licht ins Schwarze“ zu bringen. „Aber zahlreiche Bauvorhaben zu verkünden, um die finanziellen Folgen des Kaufes zu kompensieren, hat mit einer zukünftigen ambulanten Versorgung rein gar nichts zu tun“, sah Schade darin „kein erkennbares Konzept für eine zukunftsfähige medizinische Versorgung“ und wiederholte seine Kritik an dem nun angedachten „Gemischtwarenladen“.

In diese Tonart stimmte in der Folge auch Bürgermeister Hiebl ein – und legte in Teilen sogar noch eine Portion Schärfe drauf. In zweieinhalb Jahren „intensiver Arbeit“ hätten sich die Stadt und der Verein viele Gedanken um die ärztliche und pflegerische Versorgung in Freilassing gemacht. Dabei sei „valide“ der Bedarf für den gesamten nördlichen Landkreis aufgezeigt worden. „Bis dato werden diese Bedarfsermittlungen aber ignoriert“, blickte auch Hiebl auf die Sitzung Anfang Oktober zurück.

Hiebl: „Lachhaft“ und „mehr als beschämend“

In diesem Zuge erinnerte der Rathauschef an die aktuellen Todesfälle in Österreich. Zwar würden diese die klinische Versorgung betreffen, doch er habe auch „Angst vor dem Ausverkauf der ambulanten Versorgung“ und dessen Folgen. „Dann haben wir im nördlichen Landkreis gar nichts mehr und müssen irgendwo hinfahren.“ Ähnlich stelle sich die Lage bei der Pflege dar. Diese brauche Grundstrukturen, die finanziell und betriebswirtschaftlich tragbar seien, was er seit zwei Jahren in diversen Gesprächen ausgelotet habe. Dabei hätten sowohl Pflegeeinrichtungen signalisiert, „für neue Konzepte“ offen zu sein als auch das Gesundheitsministerium bestätigt, dass dieser Weg der richtige sein könne. Doch vom Landkreis komme diesbezüglich lediglich „Ignoranz“, kritisierte Hiebl scharf.

Zweieinhalb Jahre lang habe man viele Diskussionen geführt. „Doch seit zweieinhalb Jahren haben wir keine konkreten Vorschläge bekommen.“ Stets habe es geheißen, dass der Landkreis nicht zuständig sei, da sich das Grundstück – noch – im Eigentum der KSOB befinde, obwohl er schon damals mit im Aufsichtsrat dabei war. „Ich finde es einfach lachhaft, wenn man Zuständigkeiten vorschiebt, um dadurch Zeit zu gewinnen.“ Und auch ansonsten seien die eingegangenen Antworten „mehr als beschämend“ gewesen, war es dem Bürgermeister erkennbar ein Anliegen, „sehr offene und ehrliche Worte“ zu sprechen. „Ich glaube, das ist jetzt einfach mal an der Zeit, weil die Themen Gesundheitsversorgung und Pflege aus meiner Sicht viel zu ernst sind.“

Auch in weiterer Folge ließ der Bürgermeister wenig Zweifel offen, wie stark es diesbezüglich in ihm brodelt: „Geht es eigentlich nur um den Grundstückseigentümer und darüber wie man dieses Grundstück bestmöglich verwertet?“ Dieser Eindruck dränge sich einem derzeit immer wieder auf. Stattdessen müsste es doch aber um die Grundversorgung der Bürger gehen. „Parteipolitische Interessen und das Kirchturmdenken des einen oder anderen Bürgermeisters haben hier nichts zu suchen. Hier müssen wir für den ganzen Landkreis denken“, erinnerte Hiebl an die vielen Gespräche, die geführt worden seien, wie alle drei Standorte gestärkt werden könnten. „Wir haben hier in Freilassing einen starken Kooperationspartner mit der KBO. Wenn uns diese aber auch noch weggenommen wird, dann wird es problematisch und die Zeichen stehen meiner Meinung nach nicht gerade auf grün“, sprach der Rathauschef eine deutliche Warnung aus.

„Wir brauchen Lösungen für die Gesundheit und die Pflege, die alle zufriedenstellen. Lösungen, die nicht gewinnmaximiert, sondern gemeinwohlorientiert gedacht werden sollten.“ Der Stadtrat, der Verein und die Verwaltung hätten diesbezüglich schon vieles auf den Weg gebracht, war Hiebl überzeugt. „Man müsste nur darüber reden“, wiederholte er seine mehrfach getätigte Aussage, „konsensorientiert und gesprächsbereit“ zu sein, wenn es um die Anordnung einzelner „Puzzleteile“ gehe. „Aber Kommunikation geht in beide Richtungen und Geben bedeutet auch, dass man einmal etwas nehmen darf.“ In dieser Hinsicht sei das, was bei der Sitzung Anfang Oktober aufgezeigt worden sei, – im Schulduktus gesprochen – eine glatte „Themaverfehlung. Setzen 6!“

Derzeit sei man „leider ganz, ganz weit weg von Lösungen, weil die Politik nicht in der Lage dazu ist, klare Ansagen zu machen und klare Kante zu zeigen. Und dann ist es auch kein Wunder, wenn Investoren, Ärzte oder Investoren dem Projekt den Rücken kehren, weil es einfach zu lange dauert. Vielleicht waren die zweieinhalb Jahre Arbeit umsonst“, versprühte Hiebl alles andere als Optimismus für die Realisierung des Gesundheitskompetenzentrums – um jedoch noch nachzuschieben: „Ich glaub‘s noch nicht und wir bleiben weiter dran. Jetzt ist Zeit, dass wir Lösungen finden. Das ist die Aufgabe der Politik.“ Daher hoffe er darauf, dass die über 50 Fragen, die der Stadtrat an den Landrat gestellt hatte, im Dezember auch beantwortet werden.

Mit diesen klaren Worte traf der Bürgermeister freilich auch den Nerv von Norbert Schade – denn: „Jetzt ist nicht mehr der Zeitpunkt, irgendetwas schönreden zu wollen“, betonte er, dass die KSOB und die Politik dem Verein seit über 20 Jahren dieses und jenes versprochen habe. „Kein einziges dieser Versprechen hat sich letztlich erfüllt oder bewahrheitet.“ Daher werde der Verein in den nächsten Monaten vor der Kommunalwahl auch ganz genau hinsehen und hinhören, wer den Bürgern welche Versprechungen mache. Er wünsche sich in der nächsten Amtsperiode jedenfalls einen Landrat, der zuhöre und eigenständig entscheiden könne – und nicht das entscheiden müsse, was ihm die CSU-Führung auftrage.

Hias Kreuzeder fordert einen Bürgerentscheid

Dass viele Anwesende sich diese Worte Schades zu Herzen nehmen wollen und werden, wurde in der folgenden Diskussion offensichtlich. So schlug Hias Kreuzeder sogar einen Bürgerentscheid vor, da dies die einzige Möglichkeit sei, politischen Druck auszuüben. „Der Druck muss vom Volk ausgehen“, denn der derzeitige „Zentralismus“ in der Gesundheitsversorgung sei ein „Frevel an unserer Demokratie“ und deren „Anfang vom Ende“, meinte der ehemalige Bundestagsabgeordnete. Prinzipiell sei man für alles, was der Gesundheitsversorgung im nördlichen Landkreis helfen könne, offen, meinte Schade. Ob und inwieweit ein Bürgerentscheid in diesem Fall ein sinniges Instrument sei, müsste man aber zuerst prüfen. Da man mit Bernhard Kern ohnehin einen Landrat habe, der sich im März nicht mehr zur Wiederwahl stellt, sprach Schade fürs Erste aber eine „einfache Bitte“ an die CSU-Verantwortlichen aus: „Lasst ihn eine Abschiedstour machen, aber er soll jetzt bitte aufhören, Beschlüsse zu tätigen und Dinge festzuzurren, die uns im Nachhinein wehtun werden und der oder dem Neuen die Türen zuschlagen.“

Unterreiner kritisiert die „schäbige Politik der CSU“

In eine ähnliche Kerbe schlug Ludwig Unterreiner, der die Entwicklungen in Freilassing ein „Stück aus dem Lehrbuch politischer Verantwortungslosigkeit“, nannte. Der „CSU-geführte Kreistag“ und Landrat Bernhard Kern hätten „jede Initiative für eine echte Gesundheitsversorgung blockiert und verhindert, dass bei uns etwas Neues entstehen kann.“ Das habe sich insbesondere an der Kurzzeitpflege gezeigt, bei der der potenzielle Betreiber abgesprungen sei, weil er vonseiten der KSOB keine über zehn Jahre ausgelegte Zusage erhalten habe, diese Patienten zu ihm in die Kurzzeitpflege zu schicken.

„Die Politik denkt nicht an Versorgung, sondern in Grundstücken, Geldflüssen und Macht“, bezeichnete der Ex-CSU-Stadt- und Kreisrat die „Informationsveranstaltung“ im Oktober als „Tiefpunkt politischer Glaubwürdigkeit“. Freilassing brauche kein „Wohnbauprojekt mit Gesundheitsetikett“, sondern „ehrliche Versorgung von der Notfallmedizin bis zur Kurzzeitpflege“. Dafür kämpfe der Verein seit jeher und werde es auch weiterhin tun. „Wir werden dieser schäbigen CSU-Politik die Stirn bieten“, kritisierte Unterreiner, dass deren „Machenschaften bis in die Geschäftsführung des betreffenden Unternehmers, der das Haus bauen soll“, hineinreichten. Gäbe es in Freilassing nicht Bürgermeister Hiebl und den Vorsitzenden Schade, die sich so für die Gesundheitsversorgung einsetzen würden, wäre diese längst „vernichtet“ worden, war Unterreiner überzeugt. Und: „Ich hoffe, die CSU kriegt bei der nächsten Wahl die Quittung für diese schäbige Politik.“

Zwar wollte Norbert Schade „fairerweise“ betonen, dass die Entscheidungen nicht nur die CSU treffe, sondern es sich in der Regel um einstimmige Beschlüsse im Kreistag handle. Als Zielscheibe für teils äußerst heftige Kritik musste der einzig anwesende Kreisrat Maximilian Lederer, zugleich 2. Bürgermeister in Saaldorf-Surheim, aber dennoch herhalten. So äußerte etwa Bettina Oestreich, Sprecherin der FWG-Stadtratsfraktion in Freilassing, ihr Unverständnis darüber, dass „jedes einzelne Kreistagsmitglied“ den Landkreis derart „verkauft“ habe und die Leistungen aus dem Berchtesgadener Land „sukzessive abgezogen“ würden. Dabei gehöre es laut Landkreisordnung zu den Pflichtaufgaben des Landkreises, auf das Vorhalten von Krankenhäusern und bedarfsgerechter Alten- und Pflegeheime hinzuwirken. Das sei natürlich auch ihm und seinen 60 Kollegen im Kreistag bewusst und darüber mache sich auch jeder viele Gedanken, betonte Lederer. Jedoch handle es sich bei der „Gesundheitspolitik um das schwierigste Feld in der politischen Arena“. Die von der „großen Politik“ getroffenen Entscheidungen hätten zur Folge: „Es geht nicht mehr darum, dass ich denjenigen versorge, sondern es geht wirklich nur noch um Gewinnmaximierung.“ Bei dieser Gemengelage – und einem angespannten Haushalt – gelte es für den Kreistag, einen Spagat zwischen dem „Wünschenswerten und dem finanziell Machbaren“ zu bewältigen. „Da stehst du immer auf Messers Schneide und die ist halt in der jetzigen Lage wahnsinnig scharf.“

Obwohl sich der CSU-Vertreter nach Kräften bemühte, stand er an diesem Abend weitgehend alleine auf verlorenem Posten. Denn die Stimmung im Rathaussaal war eindeutig und hätte sich wohl auch mit nichts mehr drehen lassen. Das unterstrichen dann zwei CSU-Mitglieder selbst: „Wir haben damals schon befürchtet, dass unser Krankenhaus scheibchenweise abgebaut wird und das ist genau so eingetreten“, erklärte der langjährige 2. Bürgermeister Gottfried Schacherbauer. Um zumindest die ambulante Versorgung zu sichern, habe Freilassing sich jetzt an den „letzten Strohhalm“ geklammert und „etwas Gutes“ auf den Weg gebracht. „Da muss es uns schon enttäuschen, dass der politische Wille einer ganzen Stadt mit 18 000 Einwohnern einfach so vom Tisch gewischt wird“, weil der Landkreis offensichtlich gar nicht gewillt sei, sich ernsthaft mit einem solchen Gedanken auseinanderzusetzen.

Wölfer zu CSU: „Könnte nicht enttäuschter sein“

In Sachen nicht eingehaltener Versprechen wollte auch die Bad Reichenhaller Apothekerin Sabine Wölfer noch etwas loswerden: „Dumm und gutgläubig“ wie sie sei, habe sie den Verantwortlichen abgekauft, dass Bad Reichenhall am jetzigen Standort wirklich ein neues Krankenhaus bekomme, sagte sie unter dem Gelächter der Anwesenden. „Gut, dass Sie jetzt alle lachen“, schien sie – ohne es laut auszusprechen – von diesem Glauben inzwischen selbst abgerückt zu sein. Sie gehöre den Reichenhaller Krankenhausfreunden und der CSU an und betonte: „Die CSU in Reichenhall hat mich so enttäuscht, dass ich nicht mehr enttäuschter sein könnte. Die haben ihre Nase so weit oben und meinen: Es bleibt alles wie es ist.“

Vor allem, weil sich in Reichenhall fast niemand für das Thema Gesundheit interessiere, bewundere sie, dass sich hier in Freilassing der Bürgermeister, der Verein und viele Bürger „in einem so großen Umfang“ um dieses Thema kümmern. „Machen Sie weiter, weil die Gesundheit ist das Wichtigste, das jeder Mensch hat.“ Deshalb habe auch jeder Bürger im Berchtesgadener Land einen Anspruch auf eine „gescheite“ Versorgung. Dieser Appell tat den anwesenden Mitgliedern, die diesen mit lautem Beifall quittierten, erkennbar gut. Dass es ihnen aber auch ansonsten nicht am Kampfeswillen mangelt, wurde bei der Jahreshauptversammlung ausgiebig zur Schau gestellt.